

Vom langen Schweigen zur

Nach den Katastrophen der beiden Weltkriege begann in Westeuropa eine Epoche der Entnationalisierung, des Grenzabbaus und der multistaatlichen Integration. Bis 1960 waren die wichtigsten supranationalen Körperschaften gebildet: Die Europäische Gemeinschaft EWG, die europäische Freihandels-Assoziation EFTA, der Europarat und die NATO. Die EWG und die EFTA waren in erster Linie Zollunionen für Industriegüter. Die EWG war aber von Anfang an breiter angelegt als die EFTA. Sie umfasste auch den Agrarsektor und etablierte in ihrem Bereich die Personenfreizügigkeit. Sie hatte zudem eine politische Vision, die über den gemeinsamen Markt hinausging, und entwickelte eine starke Sogkraft auf die EFTA-Staaten.

Die Schweiz war Gründungsmitglied der EFTA, suchte aber sehr bald auch engere Beziehungen zur EWG. Ein Übertritt wurde vom Bundesrat durchaus erwogen, wenn auch eher in mittel- bis langfristiger Perspektive. Als grösstes Hindernis entpuppte sich in den Anfangsjahren die Neutralität, welche die EWG ihren Mitgliedsländern nicht zugestand und welche die Schweiz auf keinen Fall aufgeben wollte. Der Annäherungsprozess endete 1972 beim kleinsten gemeinsamen Nenner, einem Freihandelsabkommen, das die Zollunion für Industriegüter vorsah.

Keine Aussenpolitik der SP

Die SP war für den EFTA-Beitritt gewesen, jedoch lehnte sie den Beitritt zur EWG ab, wenn sie diesen auch als Fernziel ins Auge fasste. Sie befand sich immer in Übereinstimmung mit dem Bundesrat, in dem nach 1959 meistens ein Sozialdemokrat das Aussenministerium



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint am 26. November die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/ «Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat Verlag. Es kann über die Webseite www.redboox.ch zum Buchhandelspreis von Fr. 68.– bestellt werden.

leitete. Das Thema «Europäische Integration» ist in den Parteidokumenten wie etwa den Geschäftsberichten der Parteileitung oder den Legislaturberichten der Bundeshaus-Fraktion weitgehend abwesend.

1970 erschien die erste Ausgabe der «Neuen Schriftenreihe der SPS». Sie widmete sich «Fragen der schweizerischen Aussenpolitik». Den darin enthaltenen «Bericht zur Integrationsfrage» verfasste Nationalrat Walter Bringolf. Der frühere Parteipräsident lieferte einen chronologischen Abriss über die wichtigsten Integrationschritte Europas in der Nachkriegszeit sowie die Europa-Politik des Bundesrates und antwortete auf die Frage «Was will die SP?» mit einem sehr knappen Positionsbezug: Die EFTA sei nur eine Übergangslösung, die Schweiz solle der EWG beitreten. Die Vollmitgliedschaft sei allerdings nur in Etappen erreichbar, aber man müsse sie «hartnäckig anstreben.» Dies war Bringolfs persönliche Meinung.

Die Schweiz sollte als Vollmitglied der EG beitreten, weil die Vorteile eines Beitritts die Nachteile insgesamt überwiegen würden.

Was die Schweiz (und die SP) davon abhielt, der EWG beizutreten, listete Nationalrat Walter Renschler auf:

1. Die Neutralität.
2. Die EWG sei nicht demokratisch organisiert.
3. Der Beitritt würde zu einer Kompetenzverlagerung vom Parlament zum Bundesrat und von den Kantonen zum Bund führen.
4. Die Personenfreizügigkeit wäre angesichts der ohnehin schon bestehenden «Überfremdung» nicht verkräftbar.
5. Die Landwirtschaft würde den Beitritt nicht aushalten.

Keiner dieser Punkte würde nach Ansicht Renschlers eine Volksabstimmung überstehen: «Deshalb hat es aus realpolitischen Überlegungen keinen Sinn, den EWG-Beitritt zur heutigen Zeit zur Diskussion zu stellen.»

Und so verhielt sich die Partei dann auch. Die Geschäfts- und Legislaturberichte der 1970er und 1980er Jahre schwiegen sich wie alle früheren darüber aus. Im neuen Parteiprogramm von 1982 kommt das Thema «Die Schweiz und Europa» schlicht nicht vor.

Das Europamanifest von 1991

Zehn Jahre später war alles anders. In Osteuropa zerfiel das sowjetische Imperium, in Westeuropa hatte sich die EWG zur EG wei-

terentwickelt und für die EFTA-Staaten ein neues Angebot bereitgestellt – den Eintritt in den Europäischen Wirtschaftsraum EWR ohne EG-Mitgliedschaft. Der Bundesrat befürwortete diesen Beitritt, und es begann die intensivste europapolitische Auseinandersetzung, die es in der Schweiz je gegeben hat. Die SP stieg 1991 mit einem vom Parteitag verabschiedeten «Manifest für ein soziales Europa» in die Debatte ein. In diesem entwickelte sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine europapolitische Strategie, die diesen Namen verdient. Es war die Strategie des «Ja zum Beitritt, wenn...», wobei mit Beitritt nicht der zum EWR gemeint war, sondern der zur EG selbst. Diese Strategie hat die Partei bis heute im Wesentlichen unverändert beibehalten.

Die im Manifest entwickelte europapolitische Strategie bestand aus fünf Elementen:

1. Die SP bewertete das Verhältnis zur EG als die entscheidende Frage für die Schweiz. In der

EG werden die wesentlichen Weichen gestellt.

2. Die Schweiz sollte als Vollmitglied der EG beitreten, weil die Vorteile eines Beitritts die Nachteile insgesamt überwiegen würden – aber nicht um jeden Preis, weder «zum sozialen und umweltpolitischen Nulltarif» noch zu Lasten der direkten Demokratie.

3. Die SP wollte über den Beitritt sofort verhandeln und dann in Kenntnis des Resultats Ja oder Nein sagen.

4. Die SP wollte die Nachteile, die mit dem Beitritt verbunden sind, mit einem Bündel von innenpolitischen Reformen als flankierenden Massnahmen kompensieren oder sogar in Vorteile verwandeln. «Dieses innenpolitische Reformpaket muss Bestandteil einer Beitrittsvorlage des Bundesrates bilden.»

5. Die SP beurteilte die EG durchaus kritisch, sie war ihr zu diesem Zeitpunkt zu zentralistisch, zu bürokratisch, zu wenig ökologisch und zu wenig demokratisch. Das aber waren nicht Gründe, ihr fern zu bleiben, sondern Gründe ihr beizutreten, um sie zu verändern. Der Thurgauer Ständerat Thomas Onken brachte die Grundhaltung der Partei so auf den Punkt: «Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten interessiert nicht vorab der zugige Markt der EG, sondern das gemeinschaftliche europäische Haus.»

klaren Strategie



Am 23. September 1995 organisierte Christoph Blochers AUNS eine Anti-EU-Demonstration auf dem Bürkliplatz in Zürich mit 10 000 Teilnehmenden. Die SP Stadt Zürich organisierte gleichentags auf dem Platzspitz, gegen den Willen der SPS, die Demo für eine offene und tolerante Schweiz mit Bundesrat Otto Stich als Hauptredner. 15 000 nahmen an der Anti-Blocher-Demo teil.

Von der Europaplattform zum Parteiprogramm

Realpolitisch stand zu Beginn der 1990er Jahre aber nicht der Beitritt zur EG zur Entscheidung an, sondern derjenige zum EWR. Die SP befürwortete im Rahmen der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 diesen Beitritt, aber sie sah darin nur ein Übergangsszenario. «Die SPS fordert den Bundesrat auf, unverzüglich analog zu unserem Nachbarland Österreich das Beitrittsgesuch vorzubereiten und einzureichen, um in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre der EG beitreten zu können.»

Das Schweizer Stimmvolk sagte Nein zum EWR und zwang damit Bundesrat und Parlament zu einer neuen Strategie. Diese bestand zur Hauptsache aus zwei Teilen: der freiwilligen Anpassung vieler Schweizer Gesetze an diejenigen der EG-Staaten zur Beseitigung von Handelshemmnissen («autonomer Nachvollzug») und aus dem Abschluss von bilateralen Verträgen, die der Schweizer Wirtschaft den gleichberechtigten Zugang zu einzelnen

Sektoren des europäischen Binnenmarktes verschafften. Die SPS unterstützte den Bilateralismus in Verbindung mit dem «autonomen Gesetzesnachvollzug» und flankierenden Massnahmen. Aber sie tat dies immer mit dem Hinweis darauf, dass sie das nur als Zwischenphase ansehe, weil das Ziel der Beitritt zur EU sein müsse, wie die Gemeinschaft seit 1993 hiess.

In der Europaplattform von 1995 beschleunigte die Partei das Tempo und verlangte den Beitritt selbst und zwar auf den 1. Januar 2000! Den Mut dazu schöpfte sie aus Meinungsumfragen: Ende April 1995 sprachen sich 52 Prozent der Befragten für den EU-Beitritt aus, bei den SP-Sympathisantinnen und -sympathisanten waren es 72 Prozent, bei den Parteimitgliedern sogar 82 Prozent. Ebenfalls Mut machte der Beitritt der neutralen Länder Schweden und Österreich im gleichen Jahr und ein «Kurswechsel der FDP». Weil der von der SP geforderte Beitrittstermin ungenutzt verstrich und das Zeitalter des Bilateralismus gerade erst so

richtig begonnen hatte, kehrte die Partei mit der Europaplattform von 2000 auf ihre ursprüngliche «Ja, wenn-Position» zurück und bestätigte sie später mit der Europaplattform von 2004 und dem Parteiprogramm von 2010.

Gekürzter Artikel von **Hans-Jürg Fehr** aus dem Jubiläumsbuch «Einig – aber nicht einheitlich», das am 26. November erscheint.



siehe Kasten
auf Seite 19